Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 63. Mittwoch, 14. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig; durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 68. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Siegerbilanz.

Die Kette der politischen Mißerfolge des Genfer Siegerstaatenbundes ist schon so lang wie neun Jahre. Da ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die Völkerbundsmüdigkeit selbst solche Kreise zu durchdringen beginnt, die bisher irgend einem Privategoismus oder eine alleinseligmachende Parteidoktrin zu Liebe den Genfer Phraseologen mehr oder weniger kritiklos gehuldigt haben. Seit neun Jahren finden sich die Vertreter der Vereinsvölker alle 3—4 Monate zusammen.

Es ist ganz gleichgültig, ob sie sich dabei „Rat" oder „Vollversammlung" oder „So- und so-Kommission" oder „Sachverständigen-Komitee für das und das" nennen. Mehrere Male im Jahre wird außer der kostspieligen, ständigen großen Maschinerie des „Völkerbundssekretariats" ein Riesenapparat von Delegationen, Sachverständigen, Pressevertretern usw. unter ungeheuren Kosten in Bewegung gesetzt und wird mindestens eine Woche lang unter nicht weniger gewaltigen Kosten, unter einem beispiellosen Aufwand von Heuchelei, Selbstbeweihräucherung, Lügen und Intriguen mühselig in Bewegung gehalten — nascetur ridiculus mus: der Erfolg ist ein lächerliches Nichts. Wohlverstanden: ein lächerliches Nichts hinsichtlich solcher Bestrebungen, denen dieser fälschlich „Völkerbund" genannte Siegerstaatenbund einzig und allein eine Daseinsberechtigung verdanken würde, wenn sie dort tatsächlich verfolgt werden würden, nämlich: die wirkliche Befriedigung der Welt, die allgemeine Abrüstung, Schutz des Völkerrechts (das himmelweit verschieden ist von Völkerbundsrecht!), Schutz der schwachen Völker und der Minderheiten, Verhinderung jeder Gewaltpolitik d. h. also u. a. auch Revision der verbrecherischen Diktate von Versailles und Trianon, des Dawes-Diktates usw., mit einem Wort: die Verhinderung der Völkersklaverei.

Dergleichen wäre eine ernsthafte Begründung für einen wahren Bund der Völker. Was hat — man muß es nach der soeben beendeten Tagung wieder einmal fragen — dieser altenkundig beglaubigte Siegerstaatenverband unter maßgebendem französischen Einfluß mit einem Völkerbund von grundsätzlicher Gleichberechtigung und Machtgleichheit zu tun? Diese Genfer Institution, wie sie heute ist, wird nicht besser dadurch, daß man vor ihrer Zweck- und Wertlosigkeit, ihrer chronischen Erfolglosigkeit sentimental oder weltfremd die Augen schließt oder sich Jahr um Jahr einreden läßt, es werde schon noch die Zeit kommen, wo dieser Bund auch nur die primitivsten Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit achten würde.

Uebertrieben? Wirklich? Man blättere die Geschichte dieses sogenannten Völkerbundes und seiner Taten durch: wo ist auch nur eine einzige Welt-, wo eine europäische Frage von Bedeutung gelöst oder wenigstens der Lösung näher gebracht worden? Andererseits aber: wo ist eine deutsche Angelegenheit von Bedeutung, die nicht — sie mochte noch so klar sein, noch so eindeutig zu Deutschlands Gunsten sprechen — in Genf unter dem maßgebenden französischen Einfluß, unter französischem Druck, unter französischen Drohungen in ein Unrecht gegen Deutschland, in eine Verweigerung klarer Rechtsansprüche verfälscht worden wäre? Welche deutsche Delegation ist jemals mit einem offenen, unbestreitbaren Erfolg in wichtiger Sache nach Berlin zurückgekehrt? Welches in Genf unter schwerem deutschen Prestige- und Sachopfern erreichte „Kompromiß" war nicht zu 75 Prozent ein deutscher Verlust, eine Niederlage? Oft genügte die selbst in deutschen Blättern verhimmelte Rethorik des aalglatten Franzosen Briand, um die Deutschen mit jämmerlichen Brocken oder ganz leeren Händen nach Hause zu schicken.

Auch diesmal war es wieder dieselbe Komödie wie immer. Wie immer war längst vorher beschlossen, was man wollte. Was kümmerte Genf der Skandal von Südtirol, der Skandal des polnischen Wahlterrors, die Danziger-, die Memel-Frage! Aber das, was man unter allen Umständen durchzusetzen in Paris beschlossen hatte, ist natürlich geschehen: über Ungarn ist unter glatter Verleugnung aller Vernunft und Wahrheit die (nur schlecht verschleierte) Investigation verhängt worden. Damit ist der von Paris sehnlichst erwartete Präzedenzfall konstruiert worden, der zu jeder beliebigen Zeit jede beliebige Handhabe gegen Deutschland geben wird. Das und nichts anderes war Sinn und Zweck dieser Ratstagung. Wir haben — wie immer — an dem Strick mitgedreht, der einmal eine Schlinge für unseren Kopf werden wird.

Selbst in Deutschland schwatzt man immer gedankenlos von dem „Friedensvertrag" anstatt von dem Diktat von Versailles. Es kommt hauptsächlich daher, weil die Deutschen diese Versklavungsakte nicht einmal im gedrängten Auszug, geschweige denn im Wortlaut kennen. Selbst in Deutschland, auf dessen Kosten in erster Linie das Genfer Mysterientheater lebt, kann man sich nicht daran gewöhnen, diesen sogenannten Völkerbund wahrheitsgemäß Siegerstaatenbund zu nennen und sich zu harter gegen sich selbst rücksichtsloser Erkenntnis der Tatsachen zu erziehen, an denen kein noch so schmaler Silberstreifen zu entdecken ist.

Erkrankung des Reichsministers v. Keudell.

X Berlin. Wie wir hören, ist Reichsminister des Innern v. Keudell an schwerer Kopfgrippe mit hohem Fieber erkrankt.

Arbeitsaufnahme in den Siemens-Werken.

Berlin (Funkspruch). Die Siemenswerke teilen mit, daß sämtliche bestreikten Betriebe heute die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen haben.

Aufräumungsarbeit im Reichstag.

vdz. Berlin, Dienstag, den 13. März, 14 Uhr.

Ohne Aussprache wird zunächst die **Haushaltsrechnung für 1924 bis 1927 genehmigt.**

Auf der Tagesordnung steht dann der **Nachtrags-Etat für 1927,** der u. a. die zur **Deckung der aus der Phoebus-Angelegenheit entstandenen Kosten bereitgestellten sieben Millionen enthält.**

Ohne Aussprache wird der Nachtragsetat dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung des Teiles des

Not-Programms,

mit dem die **fleischproduzierende Landwirtschaft unterstützt** werden soll.

Zunächst will eine Novelle zum Zolltarif-Gesetz für die **Schweinefleisch-Ausfuhr Einfuhrscheine** einführen, deren Wert betragen soll bei der Ausfuhr von lebenden Schweinen 16 Mark, bei Schweinefleisch 21 Mark und bei Schweineschinken in Büchsen 27 Mark je Doppelzentner.

Ein dazu vorliegender sozialdemokratischer Antrag will die zollfreie Einfuhr von Futtergerste zum Gegenwert der Einfuhrscheine machen.

Nach der zweiten Regierungsvorlage soll das **zollfreie Gefrierfleischkontingent von 120 000 auf 50 000 Tonnen herabgesetzt** und der Regierung die Ermächtigung erteilt werden, das Kontingent weiter dem Stand der Fleischversorgung anzugleichen.

Abg. **Frau Wurm** (Soz.) wendet sich gegen die Regierungsvorlagen. Die vom Reichsernährungsministerium zum Beweis für den gesteigerten Fleischkonsum angeführten Zahlen seien nicht ganz zutreffend. Tatsächlich sei heute der Fleischverbrauch noch um sieben Prozent geringer als in der Vorkriegszeit. Die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleisch-Kontingents werde keineswegs die erwartete Hilfe bringen, denn der Anteil des Gefrierfleisches am Gesamtfleischverbrauch betrage nur vier Prozent. Die Rednerin fragt den Minister, mit welchem Recht er schon jetzt für Februar und März das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 10 000 auf 8500 Tonnen herabgesetzt habe, obwohl das Gesetz noch gar nicht angenommen sei. Die Regierung schädige mit ihren Maßnahmen die Konsumenten, ohne den Produzenten damit wirksam zu helfen. Die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents sei eine antisoziale Maßnahme. Die Rednerin beantragt allgemeine Zollfreiheit für Gefrierfleisch, oder Heraufsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents.

Reichsernährungsminister Schiele

erwidert der Rednerin, er sei wohl berechtigt gewesen, das Kontingent für Februar und März herabzusetzen. Das entspreche durchaus dem geltenden Recht. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, das zollfreie Gefrierfleisch nur der minderbemittelten Bevölkerung zugänglich zu machen. Bei der Verteilung des Kontingents sollen möglichst nur die Gebiete berücksichtigt werden, in denen sich schon bisher Bedarf gezeigt hat. Diese Beschränkung wird es ermöglichen, daß die zugelassenen Verkaufsstellen in den mit Gefrierfleisch auch weiterhin zu versorgenden Gebieten nach wie vor die notwendigen Mengen erhalten können.

Der Minister äußert sich dann über **die Lage des Rindvieh- und Schweinemarktes** und bestreitet, daß die Rind- und Rindfleischpreise gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Wenn man die veränderten Verhältnisse zu Grunde lege, sei **der heutige Rinderpreis sogar 20 Mark niedriger als der von 1913.** Bei Fortdauer des jetzigen Zustandes würden die kleinsten Betriebe, zu denen auch die Landarbeiter gehörten, monatlich 80 Millionen Mark zusetzen. **Die Eigenversorgung mit Fleisch sei in Deutschland im wesentlichen erreicht.** Es sei Pflicht, gegenüber allen diesen mißlichen Umständen den bei der Viehhaltung erzielten gewaltigen volkswirtschaftlichen Fortschritt festzuhalten, ihn nach Möglichkeit zu fördern und nicht durch ruinöse Absatzverhältnisse zunichte zu machen. Aus der Schlachtviehproduktion ergebe sich heute in Deutschland ein Wert von 5½ Milliarden Mark, allein aus der Schweinehaltung ein solcher von 3¾ Milliarden Mark. **Der heute darniederliegende Schlachtviehmarkt beweise, daß die Produktion auf diesem Gebiete so nicht aufrechterhalten, geschweige denn vermehrt werden könne, wenn nicht bald eine Aenderung eintrete.** Die 1924 noch notwendig gewesenen besonderen Einfuhrerleichterungen seien heute nicht mehr erforderlich. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit der Gesetzesvorlage.

Abg. **Meyer-Berlin** (Dem.) nennt Zollerhöhungen und Einfuhrverbote untaugliche Mittel zur Förderung der Landwirtschaft. Besser werde der Landwirtschaft geholfen durch Aufhebung der Futtermittelzölle und Siedlung. Den Einfuhrscheinen für Schweinefleisch stimmt der Redner zu. Mit der Gefrierfleischvorlage habe die Regierung die Ankündigung des Notprogramms überschritten. Dort sei von einem schrittweisen Abbau bis 50 000 Tonnen gesprochen worden, während jetzt mit einem Schlage die Verminderung vorgeschlagen werde. Auf die Konsumenten müsse die nötige Rücksicht genommen werden. Mit einer Herabsetzung des Kontingents müsse eine allgemeine Zollherabsetzung für Gefrierfleisch verbunden werden.

Abg. **Hoernle** (Komm.) bezeichnet die Vorlagen als ein Gesetz zur Auswucherung der Massen.

Abg. **Döbrich** (Christl. Nationale Bauernpartei) fordert die völlige Aufhebung des zollfreien Gefrierfleisch-Kontingents.

Damit schließt die Aussprache. **Die Vorlagen werden dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.**

Das Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im **Reichspatentamt** wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen **angenommen.**

Es folgt die erste Beratung des von den Abgg. **D. Kahl** (DVp.) und Genossen eingebrachten Gesetzes zur

Fortführung der Strafrechtsreform.

Das Ueberleitungsgesetz besagt, daß die jetzt im Rechtsausschuß verhandelte Vorlage auch den kommenden neuen Reichstag beschäftigen soll, ohne daß es ihrer erneuten Einbringung bedarf, und daß die Entwürfe als neue Vorlagen gelten.

Abg. **Geschke** (Komm.) **bekämpft die Vorlage und den Strafgesetzentwurf,** der die Arbeiterfeindlichkeit der Justiz noch verstärken wolle.

Abg. **D. Kahl** (DVp.) begründet kurz seine **Ueberleitungsvorlage. Der Reichstag und die Reichsregierung hätten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres fast einmütig** die möglichst baldige Verabschiedung der Strafrechtsreform gewünscht. In 62 Sitzungen habe der Ausschuß den allgemeinen Teil der Reform erledigt. Mit dem österreichischen Parlament sei erfolgreiche Zusammenarbeit geleistet worden. **Um diese Arbeit nicht beim Reichstagsschluß nutzlos vertan sein zu lassen, sei das Ueberleitungsgesetz notwendig.** Dem kommenden Reichstag werde dadurch in keiner Weise vorgegriffen. Er könne den Entwurf in der seinen Mehrheitsverhältnissen entsprechenden Weise jederzeit ändern. **Der Redner bittet um Annahme seines Antrags.**

Abg. **Landsberg** (Soz.) erklärt, seine Fraktion werde dem Ueberleitungsgesetz zustimmen. Das sei keineswegs gleichbedeutend mit einer Zustimmung zu dem Strafgesetzentwurf in der ihm von der Ausschußmehrheit gegebenen Fassung. Die kommunistischen Anträge im Ausschuß seien keine Verbesserungsanträge gewesen. — Der Redner kritisiert unter wachsender Unruhe der Kommunisten einige dieser Anträge. Abg. Torgler (Komm.) erhält einen Ordnungsruf, weil er dem Redner „Unverschämtheit" zugerufen hat.

Das Ueberleitungsgesetz wird in erster und zweiter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Der sofortigen Vornahme der dritten Lesung wird von den Kommunisten widersprochen.

Die Novelle zum Gesetz über das

Verfahren in Versorgungssachen,

das hierauf zur zweiten Beratung kommt, will Kriegsbeschädigten in der Regel Gebührenfreiheit einräumen und bringt eine weitere Einschränkung der Zulässigkeit des Rekurses.

Abg. **Paffehl** (Soz.) begrüßt in dem Entwurf die Beseitigung mehrerer Verschlechterungen, die die Personalabbau-Verordnung in das Verfahren gebracht habe. Die Sozialdemokraten würden der Vorlage zustimmen und behielten sich vor, im neuen Reichstag weitere Verbesserungsanträge zu stellen.

Abg. **Sparrer** (Dem.) **drückt seine Freude über die Einmütigkeit aus,** mit der die Parteien im Ausschuß der Vorlage zugestimmt hätten. Er empfiehlt zur Annahme die Ausschuß-Entschließung, in der verlangt wird, daß bis zum 31. 12. 1928 die Nachuntersuchungen der Versorgungsberechtigten, soweit sie von Amts wegen vorzunehmen wären, eingestellt werden.

Abg. **Meyer-Franken** (Komm.) **bemängelt verschiedene Einzelheiten der Vorlage,** vor allem die Einschränkung der Rekursmöglichkeit. Die Kommunisten könnten deshalb der Vorlage nicht zustimmen.

Die Novelle wird gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso die Ausschuß-Entschließungen.

Zur Beratung steht dann der Bericht des Wohnungsausschusses zu der Denkschrift über die

Wohnungsnot und ihre Bekämpfung.

Der Ausschuß fordert in seinen Beschlüssen einen Wohnungsbauplan bis Ende 1985 und eine jährliche Erstellung von mehr als 200 000 Wohnungen.

Der 1927 gebliebene Fehlbetrag soll durch Auslandsanleihen bis 350 Millionen gedeckt werden. Die Zins- und Amortisationsraten aus Hauszinssteuer-Hypotheken und Darlehen sollen ausschließlich für den Kleinwohnungsbau benutzt werden.

Abg. **Hüttmann** (Soz.) **gibt folgende Erklärung ab:** Die sozialdemokratische Forderung eines festen Wohnungsbauprogramms wird durch die vorliegenden Beschlüsse keineswegs erfüllt. Die größten Widerstände liegen in der absolut ungenügenden Finanzierung. Deswegen fordert die sozialdemokratische Fraktion erneut die volle Verwendung der Hauszinssteuermittel für den Kleinwohnungsbau. Sehr große Bedenken hat die Fraktion gegen die Ueberlassung von Hauszinssteuergeldern an Industrie- und private Bauunternehmungen. Auf diese Mittel haben in erster Linie die sozialen Baugenossenschaften ein Anrecht. Trotz dieser Bedenken stimmt die Fraktion den Ausschußbeschlüssen zu, weil sie doch einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand erkennen lassen.

Die Beschlüsse des Wohnungsausschusses werden ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen nun die am letzten Freitag zurückgestellten **Abstimmungen zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.**

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehalts wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Der Haushalt wird nach den Ausschußvorschlägen angenommen, ebenso **verschiedene Entschließungen,** in denen u. a.